

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Pf., bei Lieferung frei Haus 55 Pf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 2-8 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 5 — für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. XL: 2250 Geschäftsstelle: Nur Adolf-Hitler-Strasse 2 — Fernruf nur 551

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Ramenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 15

Mittwoch, den 18. Januar 1939

91. Jahrgang

Stürmische Kammer Sitzung in Paris

Notspanien bekam über Frankreich 50 000 Tonnen Kriegsmaterial

Die französische Kammer setzte ihre außenpolitische Aussprache fort. Der erste Redner der Nachmittags-Sitzung, der radikalsozialistische Abgeordnete Rethore, sprach vor fast leeren Sälen. Er schloß mit der Forderung auf sofortige Öffnung der französisch-spanischen Grenze. (1)

Als zweiter Redner des Nachmittags bestieg der ehemalige Ministerpräsident Lalande die Rednertribüne, um im Namen seiner Freunde zu der französischen Außenpolitik Stellung zu nehmen. Er ging davon aus, daß manche Leute die Münchner Abmachungen verurteilten. Diese falsche Auslegung käme von den neuen Nationalisten oder den Uebernationalisten, die diejenigen, die nicht der gleichen Auffassung seien wie sie, gern als Defaitisten bezeichnen. Die Uebernationalisten hätten auch behauptet, Frankreich habe eine Niederlage in München erlitten. Der Widerhall des Münchner Abkommens im Volk sei die beste Antwort auf derartige Äußerungen gewesen.

Das Ziel der bisherigen französischen Politik sei die „Organisierung und die Aufrechterhaltung des Friedens durch kollektive Sicherheit und gegenseitigen Beistand“ gewesen. Diese französische Politik habe aber ihre Grundlage verloren, und man müsse eine neue Grundlage suchen.

Das Ziel der Politik habe sich nicht geändert, es sei die Aufrechterhaltung des Friedens und die Sicherung aller Grenzen des Mutterlandes und der Kolonien. Nur die Wahl der Mittel sei anders geworden. Die bisherige Politik habe an den Rand des Krieges geführt. Werde man diese Politik jetzt noch fortsetzen oder was für eine Politik werde man jetzt wählen? Die Wahl könne nur von den Wirklichkeiten diktiert werden. Die Wirklichkeit sei die, daß Deutschland und Italien Genf verlassen haben und daß sie das System der Kollektivierung ablehnen. Der Nationale Kerillus und der Kommunist Peri hätten eine Koalition zwischen England, Frankreich, Polen, Sowjetrußland, Rumänien und Jugoslawien gefordert. Es genüge, sich einen Konflikt zwischen der Sowjetunion und Polen vorzustellen, um sich über die Sinnlosigkeit dieses Systems klar zu werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Lalande ausführlich auf das spanische Problem ein. Es wäre paradox, wenn Frankreich heute in den spanischen Bürgerkrieg eingreifen würde, nachdem es dies damals nicht getan habe, als die Lage viel günstiger war. Er könne nicht glauben, daß Leon Blum und Delbos die Nichtteilnahme nur als Betrug aufgefaßt hätten.

Auf diese Bemerkung Lalandes sprang Leon Blum auf und behauptete, daß seine Regierung sich stets genau an das Nicht-einmischungsabkommen gehalten habe.

Lalande warf Blum vor, daß er das Nicht-einmischungsabkommen nicht strikt durchgeführt habe, denn es seien 50 000 Tonnen Kriegsmaterial im Transit- und auf anderen Wegen nach Notspanien gelangt.

Man behaupte, so erklärte Lalande, auf der Linken, daß eine Öffnung der Grenzen keine Einmischung bedeute. Er sei aber überzeugt, daß die Spanier erklären würden, daß ihre Brüder durch französisches Kriegsmaterial gestiftet worden seien. Eine Intervention in Spanien sei gleichbedeutend mit einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates.

Lalande forderte die Beobachtung einer strikten Neutralität und die Zuerkennung des Rechtes kriegführender Staaten an beide Parteien. Man müßte auch die Regierung Franco anerkennen. Das ständige Juspätkommen und das ständige Jögern in der französischen Außenpolitik habe Frankreich bereits viel geschadet.

Zum Schluß seiner Rede erklärte Lalande, er sei der Ansicht, daß Deutschland und Frankreich, die schon so viel für den Fortschritt der Zivilisation beigetragen hätten, sich auf dem Wege des Friedens und nicht in der Hölle eines neuen Krieges begehen müßten. Zwischen der Möglichkeit, aufzubauen, und der, zu zerstören, müsse man den Weg des Aufbaues wählen.

Während den Ausführungen Lalandes über die spanische Frage hatte sich in der Kammer ein derartiger Sturm erhoben, daß die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen werden mußte, damit die Ruhe wiederhergestellt werden konnte.

Die Ausführungen des nächsten Redners, des rechtsstehenden Abgeordneten Taittinger über das gleiche Thema riefen ebenfalls ununterbrochen Zwischenrufe und persönliche Beleidigungen der Kommunisten hervor. Taittinger bedauerte es, daß Frankreich in Burgos keinen diplomatischen Vertreter habe. Die französischen Interessen in Nationalspanien seien groß. Wenn Frankreich noch lange warte, werde es in Burgos die gleiche Lage vorfinden wie in Rom, d. h. ein französischer Vertreter würde zu spät kommen.

Die außenpolitische Aussprache der Kammer wurde um 19.15 Uhr auf Donnerstag 9.30 Uhr vertagt.

Deutsch-ungarische Freundschaft

Empfang zu Ehren des Grafen Csaky.

Der Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, gab am Montagabend zu Ehren des in Berlin weilenden ungarischen Ministers des Außern, Graf Csaky, ein Abendessen im Hotel Kaiserhof, an dem auch der japanische Botschafter Ohima, der italienische Botschafter Attolico und der ungarische Gesandte in Berlin, Sztojaj, teilnahmen. Von deutscher Seite waren u. a. anwesend die Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk, Ruff, Frank und Funk und zahlreiche namhafte Vertreter von Staat, Partei und Wirtschaft.

Während des Abendessens hieß der Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, den ungarischen Gast in der Hauptstadt des Deutschen Reiches willkommen und gedachte der langjährigen, in Krieg und Frieden erprobten Bande der Freundschaft und der gegenseitigen Achtung, durch die sich das deutsche Volk mit der ungarischen Nation verbunden wisse.

In seiner Erwiderung wies Außenminister Graf Csaky auf die uralten Bande des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens und der Sympathie hin, die heute und auch für die Zukunft das ungarische und das deutsche Volk verbinden, und gab seiner besonderen Freude über den herzlichen Empfang Ausdruck, der ihm in der Hauptstadt des befreundeten Deutschland zuteil geworden sei.

Die Budapestener Presse weist auf die Herzlichkeit des Empfanges hin, der dem ungarischen Minister bei seinem Freundschaftsbesuch in Berlin zuteil geworden ist. Der „Pester Lloyd“ schreibt, die jetzigen Beziehungen Graf Csakys in der deutschen Reichshauptstadt, bei denen der Empfang beim Führer den hervorragendsten Platz einnehme und den Höhepunkt bilde, seien eine Folge des Verständnisses für die Freundschaftsbeziehungen der beiden Staaten, deren Festigkeit durch den Beitritt Ungarns zum Antikominternpakt fünfjährig in Erscheinung trat.

Ehrung der Gefallenen

Der ungarische Außenminister Graf Csaky legte, begleitet vom Stadtkommandanten von Berlin, am Ehrenmal Unter den Linden einen Kranz nieder. Der große Lorbeerkranz trug eine Schleife in den ungarischen Farben mit der Widmung: „Im treuen Gedenken an die heldenhaften deutschen Kameraden des Weltkrieges.“ — Der Königlich Ungarische Außenminister.

Graf Csaky bei Hermann Göring

Der ungarische Außenminister Graf Csaky stattete in Begleitung des ungarischen Gesandten Sztojaj dem Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring einen Besuch ab. Der Feldmarschall hatte mit Graf Csaky eine einstündige Unterredung.

Verteidigung deutscher Lebensrechte

Eine Entschließung der Südwestafrika-Deutschen.

Der Deutsche Südwestafrika-Bund, in dem die Südwestafrika-Deutschen zusammengeschlossen sind, hat in einer Vertreterversammlung in Windhof seinen entschlossenen Willen kundgegeben, die Lebensrechte der Südwestafrika-Deutschen zu verteidigen. Der Deutsche Südwestafrika-Bund besteht bis zur endgültigen und gerechten Lösung der Kolonialfrage auf strikter Aufrechterhaltung des Mandatensystems und bekämpft daher alle Versuche, das Mandatensystem in irgendeiner Form der Südafrikanischen Union einzuverleiben. Gleichzeitig wendet er sich gegen alle Versuche, das Deutschtum im Mandatsgebiet zu verdrängen und erhebt Protest gegen die vertragswidrige Anwendung der afrikanischen Einwanderungsgesetze, durch die die deutsche Einwanderung in das Mandatsgebiet praktisch unterbunden und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auf das schwerste geschädigt wird.

Neues Bombenattentat in England

Ein ganzer Sack mit Bomben aufgefunden

Regierungsquartier unter stärkstem Polizeischutz.

Die Serie der Bombenattentate wurde um ein weiteres Attentat in Great Barr an der Straße Birmingham-Wallall vermehrt. Hier wurde der Versuch gemacht, einen Hochspannungsmaß durch eine Bombe zu sprengen. Eine Stützreihe des Mastes wurde durch die Bombe weggerissen. Wie es heißt, soll eine zweite Bombe, die nicht explodiert ist, in der Nähe gefunden worden sein.

In der ganzen Gegend um Great Barr hat die Polizei weitgehende Schutzmaßnahmen getroffen. In dem Gebiet von Midland sind alle Kraftstationen und Gaswerke unter polizeilichen Schutz gestellt, ebenso auch die Rundfunksender von Droitwich. Die Telefonämter stehen ebenfalls unter polizeilichem Schutz. Während der ganzen Nacht hat die Polizei in der Gegend von Hamshall, wo ein Attentat verübt wurde, fieberhafte Nachsicherungen angestellt.

In London selbst sind jetzt auch, wie die Abendpresse zum Teil in großer Aufmachung meldet, die U-Bahnstationen polizeilich bewacht. Ein besonderes Augenmerk wendet die Polizei bei ihren Schutzaktionen auch auf gewisse Teile des Großschiffahrtskanals von Manchester.

Auch in Liverpool hat man besondere Sicherungsmaßnahmen für die großen Docksanlagen, in denen alle Schiffe aus Irland einlaufen, für notwendig gehalten. Wie die Abendpresse aus Belfast berichtet, liegt über der ganzen Stadt eine starke Spannung. Alle Staatsgebäude sind besonders bewacht. Polizeibeamte in Zivil sind auf den Straßen im Dienst, während die Polizei einjährig in den Kasernen liegt.

Die polizeilichen Untersuchungen der Bombenanschläge in Hamshall und Great Barr haben später zur Auffindung einer großen Zahl nicht explodierter Bomben geführt. An einer Stelle fand man einen ganzen Sack mit Bomben. In Great Barr gelang es der Polizei, drei nicht explodierende Bomben sicherzustellen. Aus diesen Polizeifunden geht einwandfrei hervor, daß es sich um großangelegte Bombenattentate handelt.

Weitere Arbeitslosendemonstrationen

Auf der Oxford-Street, einer der belebtesten Geschäftsstraßen Londons, kam es zu neuen Arbeitslosendemonstrationen. Eine Anzahl Arbeitsloser legte sich auf den Fahrdamm, so daß bei dem starken Verkehr der Nachmittagsstunden im Augenblick eine schwere Verkehrsstörung eintrat. Hunderte von Neugierigen sammelten sich an, während die Frauen der Arbeitslosen mit der Parole „Bewahrt uns vor Hunger — Mehr Winterhilfe!“ demonstrierten. Da die Arbeitslosen nach einer Viertelstunde keine Anstalten machten, ihre Demonstration zu beenden, schritt die Polizei ein und säuberte die Straße. Zwei Demonstranten wurden verhaftet.

NSDAP hat 1,6 Millionen Mitglieder

Reichskriegsopferführer Oberstlindober hatte die Gauamtsleiter der Kriegsoberämter der NSDAP, und die Bezirksobleute der NSDAP zu einer großen Arbeitstagung nach Berlin berufen. Der Reichskriegsopferführer begrüßte besonders die neu hinzugekommenen Kameraden aus der Ostmark und dem Sudetenland. Nach dem Anschluß beträgt die offizielle Zahl der Mitglieder der NSDAP nunmehr über 1,6 Millionen. In seiner Ansprache wies der Reichskriegsopferführer u. a. auf den Ausbau der Betreuungsbearbeitung unter besonderer Würdigung der Not in den Reihen der Kriegsober in den neu gewonnenen Gebieten hin.

